Nr. 87
November 2020

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

der Winter steht noch bevor und die meisten von uns sehnen sich wahrscheinlich bereits nach dem Frühling. Die Wintermonate gut überstehen, das ist gerade unser aller gemeinsames Ziel. Wir fahren auf Sicht, denken von Monat zu Monat, von Inzidenzwert zu Inzidenzwert. Aber es gilt auch, wieder über den Moment hinaus zu denken.

Wir als SPD sind Stabilitätsanker und sozialer Garant in der Krisenbekämpfung und ich bin froh, dass unsere Ministerinnen und Minister in dieser Regierung für möglichst viel Ausgleich und Schadensbegrenzung sorgen, Arbeitsplätze erhalten und Familien entlasten. Mut macht auch die vielversprechende Entwicklung im Bereich der Impfstoffforschung. Die Erfolge dort lassen nicht nur ein Licht am Ende des Coronatunnels aufscheinen, sie sind ein starkes Zukunftssignal. Die internationale Forschungszusammenarbeit und die Leistungsfähigkeit unserer Wissenschaft und der forschenden Unternehmen erweisen sich in der Krise als tragfähig.

Da hat Hölderlin offenbar Recht: „Wo aber Gefahr ist, da wächst das Rettende auch“. Nicht nur beim Impfstoff kommen wir voran, wir haben auch viel gelernt in den letzten Monaten, was den Umgang mit schweren Krankheitsverläufen angeht. Unser neues Wissen wappnet uns, wir sind dem Virus nicht hilflos ausgeliefert.

Brechen wir die Welle jetzt! Auch, damit wir uns wieder mit Kraft der Zukunft zuwenden können. Wir als Gesellschaft haben gezeigt, was für große Schritte wir in kurzer Zeit gehen können.

Corona hat gezeigt, dass Themen wie Einsamkeit auch in einer vielfach vernetzten Welt nicht verschwunden sind. Daraus ergeben sich gesellschaftspolitische Fragen: Wie gestalten wir ein generationen- und familienübergreifendes Zusammenleben? Wie fördern wir Nachbarschaft und Beziehungen zwischen Menschen, die füreinander stehen – auch außerhalb der klassischen Kernfamilie? Die sozialdemokratischen Grundwerte Solidarität und Zusammenhalt können der Kern für das Zusammenleben der Zukunft sein und sind doch eine Alltagsherausforderung, wenn es weiter darauf ankommt, Abstand zu waren.

Unsere Kommunen tragen im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Krisenzeiten besonders viel Verantwortung, auch in der Organisation der Gesundheitsämter, der Gesundheitsversorgung über die Krankenhäuser, bei der Beschaffung und Versorgung mit Schutzmaterialien, aber auch im Sinne bürgerschaftlicher Organisation. Viele konkrete Abläufe und Entscheidungen mussten vor Ort organisiert werden. Da gilt unser Dank und ein großes Lob an unsere engagierten Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die seit Monaten sehr gute Arbeit leisten. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir

uns für die Förderung dieser Strukturen und die Gestaltung vor Ort ein.

Auch Arbeit haben viele von uns in der Krise ganz neu erfahren. Es gilt, neu zu ergründen, was wirklich wesentlich ist. Wie wir mobiles Arbeiten so gestalten, dass es nicht zu neuen Abhängigkeiten führt, aber Chancen für Arbeitnehmerinnen und -nehmer und die Betriebe nutzbar macht. Und wir wollen Berufe, die für unsere Gesellschaft unverzichtbar – systemrelevant – sind, nicht nur rhetorisch wertschätzen, sondern ihnen dauerhaft – auch finanzielle – Anerkennung und ordentliche Tarifverträge verschaffen.

Auch unser Konsumverhalten hat sich verändert in dieser Zeit. Als es um das Wohl der Menschen um uns herum ging, fiel es vielen nicht schwer, auf Urlaubsreisen oder Shoppingtouren zu verzichten. Gleichzeitig haben wir erlebt, dass der Laden um die Ecke doch schmerzlich vermisst wird, wenn er schließen muss – Onlineshopping hin oder her. Vielleicht werden wir jetzt mutiger, wenn es darum geht, zukünftig ressourcenschonend, nachhaltig und umweltfreundlich zu konsumieren .

Ich glaube daran, dass es die SPD ist, die solche Erfahrungen zusammenführen und Antworten liefern kann über die Krise und über die nächste Wahlperiode hinaus. Wir können Mut machen, dass am Ende der Krise nicht nur das „zurück zum Normalzustand“ steht. Wir wollen vorwärts.

Ihre/Eure

Digitalisierung voranbringen

Nur wer gut informiert ist, kann ganz gezielt für das Alter vorsorgen. Mit der Digitalen Rentenübersicht sollen alle Bürger*innen den Stand ihrer Anwartschaften aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge auf einen Blick einsehen können. Für diese Übersicht schaffen wir jetzt eine entsprechende gesetzliche Grundlage. Die inhaltliche und technische Umsetzung wird die „Zentrale Stelle für die Digitale Rentenübersicht“ unter dem Dach der Deutschen Rentenversicherung Bund übernehmen.

Wir wollen den Zugang zu zentralen Familienleistungen wie Elterngeld, Kindergeld und Namensbestimmung digital ermöglichen und Nachweispflichten erleichtern. Dazu haben wir das Digitale-Familienleistungen-Gesetz beschlossen, durch das zuständige Behörden wie Standesämter, Elterngeldstellen, Krankenkassen und die Deutsche Rentenversicherung die jeweils notwendigen Daten abrufen bzw. übermitteln können. Eltern müssen dann weder die Geburtsurkunde ihres Kindes noch ihre Einkommensnachweise übermitteln, wodurch Wege zu verschiedenen Behörden erspart bleiben und sie weniger Formulare ausfüllen müssen. Die Bürger*innen sollen dabei selbst entscheiden können, ob sie den neuen Behördenservice nutzen wollen oder nicht. Solche vereinfachten digitalen Anwendungen sparen den Bürger *innen Zeit und reduziert Kosten für Wirtschaft und Verwaltung.

Demokratie und Krisenpolitik

Ganz zu Beginn der Krise war es richtig und notwendig, schnell bestimmte Verordnungsrechte an die Regierung zu übertragen – zeitlich befristet und immer mit dem Vorbehalt des Parlaments, diese Befugnisse regelmäßig zu überprüfen und jeder Zeit auch wieder zu entziehen. Der Eindruck, das Parlament habe alle Entscheidungsmacht an die Bundes- und Landesregierungen übertragen, stimmte allerdings zu keinem Zeitpunkt. Es gab in den letzten Monaten unzählige Ausschusssitzungen und Plenardebatten zu Corona und der Krisenbewältigung. Im Bundestag haben wir auf allen Ebenen verhandelt und um Entscheidungen gerungen – zu den Hilfspaketen, den Novellen des Infektionsschutzgesetzes, zum Nachtragshaushalt und anderen Gesetzgebungsverfahren.

Nachdem sich die Krise erneut zugespitzt und gewissermaßen verstetigt hat, sehen wir es als notwendig an, die Krisenbewältigung noch mehr mit parlamentarischer Kontrolle und Einflussnahme zu verknüpfen. Unsere Fraktion hat ein Positionspapier verabschiedet, das dafür verschiedene Instrumente vorsieht. Dieses Papier ist nun die Grundlage für Verhandlungen mit der Union. Ein erstes Ergebnis dieser Verhandlungen ist, dass wir das 3. Bevölkerungsschutzgesetz um eine klare Definition der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung erweitern, die von Bund oder Ländern im Bedarfsfall ergriffen werden können. Damit setzen wir als Parlament einen klaren Rahmen für die Verordnungen, die momentan oft auf Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarungen getroffen werden. Das ist nicht nur wichtig für die demokratische Legitimation dieser Maßnahmen, sondern macht sie in Folge auch rechtssicher und dadurch wirksamer. Ganz klar ist aber: Die meisten Verordnungen sind auf Landesebene zu treffen, weil in unserem föderalen System dort die Verantwortung für den Infektionsschutz verortet ist. Deshalb muss auch hier im Land der entsprechende Rahmen gesetzt werden. Dass die SPD in Baden-Württemberg sich hier erfolgreich dafür eingesetzt hat, dass Verordnungen prinzipiell nach zwei Monaten auslaufen, wenn das Parlament nicht anders entscheidet, ist ein gutes Beispiel für starke parlamentarische Mitwirkung.

Wer keinerlei konstruktiven Beitrag leistet – weder zur Krisenbekämpfung, noch zur Stärkung der Demokratie – ist wenig überraschend die AfD. Das habe ich in einer Plenardebatte klar zum Ausdruck gebracht. Und dabei sogar Wilhelm Busch *und* Friedrich Schiller zitiert.

Neue Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung

Die Entscheidungen zum Umgang mit der Coronakrise sind Politik im schwersten Sinne: das Abwägen zwischen verschiedenen Optionen, die allesamt Nachteile haben. Die aktuelle Entscheidung für weitreichende, aber abgewogene Einschränkungen für den November ist aus meiner Sicht sachgerecht und notwendig. Darunter leiden vor allem die Gastronomie und die Kultur- und Unterhaltungsbranche. Das ist schmerzhaft für die Betroffenen und für uns anderen, die wir Angst haben um unsere Kulturszene, um unsere vielfältige gastronomische Landschaft und um die Existenz der Menschen, die dort arbeiten. Viele fragen, warum denn gerade die „bestraft“ werden, die bereits seit Anfang des Jahres besonders leiden und die auch in den letzten Monaten hart daran gearbeitet haben, Hygienekonzepte und andere Lösungen zu entwickeln.

Um diese Frage zu beantworten, muss man sich klar machen: Das Ziel der erneuten Einschränkungen ist nicht, an dieser oder jener Stelle einzelne Infektionen zu vermeiden – denn die können am Arbeitsplatz genauso auftreten wie im Restaurant. Es geht darum, die Anzahl unser aller Wege und Begegnungen wieder so zu reduzieren, dass die Gesundheitsämter bei einer entdeckten Infektion die Kontakte nachvollziehen können. Dadurch können dann potentiell Infizierte schnell benachrichtigt werden und sich testen lassen und in Quarantäne gehen. Denn momentan steigen die Neuinfektionen so rasant, dass die Gesundheitsämter und auch Betroffene persönlich nicht mehr nachvollziehen können, wem sie wann und wo begegnet sind. Infektionsketten können nicht mehr rekonstruiert und unterbrochen werden. Aber nur, wenn das wieder möglich ist, kann die mittlerweile exponentielle Wachstumsdynamik gebrochen werden. Es kann keine Alternative sein, das Verdoppeln und Verdreifachen der Ansteckungszahlen zu beobachten, bis das Gesundheitssystem zusammenbricht. Das hieße nicht nur, dass viel mehr Menschen an Corona sterben, sondern dass auch Menschen mit anderen Erkrankungen oder Verletzungen nicht mehr rechtzeitig oder ausreichend behandelt werden könnten. Aufgrund begrenzter Krankenhauskapazitäten, aber auch, weil sich Gesundheitspersonal mehr und mehr infizieren würde. Die Wirtschaft – und auch die Kultur- und Gastronomieszene – würde dann natürlich genauso leiden, wenn Menschen aus Angst oder weil sie sich isolieren müssen, nicht mehr nach draußen oder zur Arbeit gingen.

Dass gehandelt werden musste, war also den meisten klar. Wir haben Schlüsse aus den Erfahrungen des Frühjahrs gezogen: Eine so weitreichende Einschränkung wie im März und April sollte es nicht mehr geben. Vor allem Schulen und Kitas müssen, wenn irgend möglich, im Regelfall geöffnet bleiben. Aber auch Wirtschaft und Handel wollten wir weniger einschränken als noch im Frühjahr. Als klar abgrenzbarer Bereich kommen zur Beschränkung dann nur noch Gastronomie, Freizeiteinrichtungen und Kulturbetriebe in Frage – Orte, an denen viele verschiedene Menschen, die sich meist nicht kennen, zusammenkommen. Im Gegensatz zum Frühjahr wird es aber einen direkten Ausgleich für entgangene Einnahmen für die betroffenen Betriebe und Personen geben: 70 % des durchschnittlichen Monatseinkommens des Vorjahres werden als Ausgleich gezahlt.

Ganz klar ist, dass wir alle auch im privaten Bereich unsere Kontakte einschränken müssen. Gerade in Solidarität mit denen, die unter den Maßnahmen für November am meisten leiden, ist es wichtig, dass wir uns alle daran halten, Abstandsgebote und Hygienemaßnahmen zu befolgen und soziale Kontakte, wenn möglich, wieder mehr digital oder telefonisch pflegen. Je schneller wir die Infektionsdynamik brechen, desto schneller können Einschränkungen hoffentlich wieder gelockert werden.

Unterwegs im Landkreis

Sanieren

Mit viel ehrenamtlichen Einsatz betreibt der Schwimmverein **Göppingen** 1904 e.V. das Freibad Waldecksee in **Jebenhausen**. Das engagierte Team um Sonja Schnappauf erläuterte Sabrina Hartmann und mir die bisher durchgeführten Sanierungsmaßnahmen. In den nächsten Jahren muss die Freibadtechnik erneuert werden. Gemeinsam haben wir uns über mögliche Förderungen durch Bund und Land unterhalten.

Ausbilden

Über den Strukturwandel in der Automobilbranche und die wirtschaftlichen Herausforderungen durch die Corona-Krise habe ich mich mit der Geschäftsführung und dem Orts- und Gesamtbetriebsrat bei EMAG in **Salach** informiert. Auch wenn sich am Konjunkturhorizont schon einzelne Lichtblicke abzeichnen, steht unsere Industrie nach wie vor vor einer großen Kraftanstrengung. Positiv ist, dass die EMAG die Zahl der Ausbildungsplätze im kommenden Jahr gleich hoch halten will.

Schützen

Unter Pandemiebedingungen kein feierlicher Rahmen beim 70. Kreisfeuerwehrtag in Ottenbach. In meinem Grußwort im Namen der Abgeordneten aus Bund und Land konnte ich dafür werben, sich dem Flächenbrand der Pandemie konsequent durch Bekämpfung der Schwelbrände und Vermeidung von Glutnestern entgegenzustemmen!

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen
Heike Baehrens

SPD

Vielen Dank für Euren klaren Auftrag!

Die Mitglieder im SPD-Kreisverband Göppingen haben mich mit über 97 % Zustimmung erneut als Bundestagskandidatin für den Wahlkreis 263 nominiert. Das gibt mir viel Rückenwind für meine politische Arbeit .

Termine

Montag, 9. November
12:30 Uhr
Gespräch mit BKK Landesverband Süd und Vorstand der WMF BKK
19:00 Uhr
„Pflege der Zukunft – wie werden aus Applaus substanzielle Verbesserungen?“
Digitales Gespräch mit Florian Wahl und Katrin Altpeter, Sozialministerin a.D.

Dienstag, 10. November
9:00 Uhr
Austausch mit Landrat Wolff
zur Helfensteinklinik
11:00 Uhr
Gespräch mit Fachverband Orthopädie-Technik Sanitäts-, Reha- und medizinischer Fachhandel Baden-Württemberg e. V.
Hartlieb GmbH, Göppingen
16:00 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde

Mittwoch, 11. November
10:30 Uhr
Nachhaltigkeitstour „17 -Ziele – 17 Orte“
Besuch Annki-Store
Göppingen
16:00 Uhr
Online Diskussion „Corona – Neustart für die Pflege“ der Evangelischen Akademie
Bad Boll

Donnerstag, 12. November
Sondersitzung Ausschuss für Gesundheit
Berlin

Samstag, 14. November
Digitaler Landesparteitag
mit Wahl des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl Baden-Württemberg

Montag, 16. November bis Freitag.
27. November
Sitzungswochen in Berlin

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de
heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 6. November 2020, 10 Uhr